

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse**

Band (Jahr): **16 (1936)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

l'égalité des droits et des charges furent prises pour bases de suisse au sujet de la construction de leur patrie et les il était naturel qu'en partant du principe qu'il fallait à chacun ses droits et sa liberté, on n'oubliait point, à cette époque, les fondations religieuses etc. ist unverständlich. Es muß heißen: l'égalité des droits et des charges furent prises pour bases de l'association des Cantons souverains et il était naturel qu'en partant du principe qu'il fallait garantir à chacun, etc. P. 108 statt coûte qui coûte, lies coûte qu'il coûte. P. 111 statt vers votre Cabinet, lies vers notre Cabinet.

Der Verfasser zeigt in seinem Buche eine starke Sympathie für unser Land. Wir danken ihm dafür und versichern ihn, daß wir ungerne genug unserer Pflicht nachgekommen sind, auf die Mängel, Irrtümer und Lücken seines Werkes hinzuweisen.

Bern.

Alfred Rufer.

Besprechungen. — Comptes-rendus.

RUDOLF THOMMEN, *Urkunden zur Schweizer Geschichte aus österreichischen Archiven*. Fünfter Band, 1480—1499. Basel 1935, Verlag von Emil Birkhäuser & Cie. 4^o. 383 S.

Im Jahre 1899 hat Rudolf Thommen der schweizerischen Geschichtsforschung den ersten Band dieses bedeutenden Urkundenwerkes vorgelegt, das sich zum Ziele setzte, das in den österreichischen Archiven liegende Material zur Schweizergeschichte bis zum Jahre 1499 herauszugeben. Aus den vorgesehenen drei Bänden sind es ihrer fünf geworden, und die Arbeit hat sich auf fast vier Jahrzehnte hinausgeschoben. Nun aber liegt das Ganze vollendet vor, und der Herausgeber darf dafür beglückwünscht werden, das aus den verschiedensten Archiven Österreichs zusammenströmende Material in einer mustergültigen Ausgabe der wissenschaftlichen Forschung erschlossen zu haben. Das erfreuliche Resultat, das der Abschluß dieses schweizerischen Geschichtswerkes vor allem in Erscheinung treten läßt, ist die Tatsache, daß der schweizerische Historiker, der sich irgendwie mit dem habsburgisch-eidgenössischen Spannungsverhältnis zu befassen hat, fortan auf eine Durchforschung der österreichischen Archive getrost verzichten kann. Denn Thommens «Urkunden» sind nicht Urkunden im strengen Sinne des Wortes, sondern es sind Urkunden und Akten, Dokumente.

Dieser fünfte Band umfaßt die Zeit von 1480—1499, also jene beiden Jahrzehnte eidgenössischer Geschichte, die insoferne von geradezu epochaler Bedeutung wurden, als in ihnen die bisher bestandene blutmäßige Bindung zwischen den alemanisch-schwäbischen Volksteilen nördlich und südlich des Rheins politisch auseinanderriß und das Ausscheiden der Eidgenossenschaft aus dem deutschen Reiche zur Folge hatte. Die Gründung des Schwäbischen Bundes und der Schwabenkrieg charakteri-

sieren diese Epoche. Der vorliegende Band bereichert und vertieft dieselbe wesentlich. In 340 Nummern, von denen einzelne z. T. von sehr großem Umfange sind (Nr. 88) und wieder andere mehrere Stücke unter einer Nummer zusammenfassen, wird der geschichtliche Stoff der Betrachtung zugänglich gemacht. Nur der kleinste Teil ist schon veröffentlicht. Das Material entstammt zur Hauptsache dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, dem Landesregierungsarchiv für Tirol in Innsbruck, dem Vorarlberger Landesarchiv in Bregenz, den Archiven von Feldkirch, St. Paul und einigen anderen Orten. Eine Vorstellung von der unerschöpflichen Fundgrube dieses Bandes bietet das gut gearbeitete Register.

Für die allgemeine schweizerische Geschichtsschreibung stehen wohl die auf den Konflikt Habsburg-Österreich-Schweiz direkt bezüglicher Dokumente im Vordergrund des Interesses. Wir nennen da verschiedene bisher unbekannte Kriegsberichte zum Jahre 1499 (Nr. 329, I—V) und insbesondere eine Reihe von Schriftstücken zum Basler Frieden Nr. 334, I—XVIII). Wenn diese letztern vom Standpunkte der großen Weltpolitik freilich nichts wesentlich Neues beibringen, so werfen sie doch auf den Gang der Verhandlungen und auf die an diesen beteiligten Personen z. T. überraschende Streiflichter und beleben so das bisher bekannte trockene Gerippe der Tatsachen in reizvoller Weise. Die in diesem Bande hauptsächlich hervortretenden österreichischen Staatsmänner sind Erzherzog Sigmund, der Vertreter der tirolisch-vorländischen Linie und Landesfürst in den rheinisch-schwäbischen Gegenden, Kaiser Friedrich III., der seiner Lebtagelang die Absicht nicht aufgegeben hat, die Herrschaft des Hauses Habsburg in der Schweiz zu restaurieren, und Maximilian I., der 1493 die Nachfolge seines Vaters in Österreich und im Reiche übernahm. (Vgl. besonders die Nr. 19, 37, 39, 49, 56, 80, 92, 107, 108, 109, 122, 125, 129, 132, 152, 156, 182, 203, 223, 258, 275, 283, 297, 298, 312.) Einen Beitrag zu der Ritterschaft des St. Georgenschildes in Schwaben, die den süddeutschen Adel vereinigte und zusammen mit den Reichsstädten den Kern des «Schwäbischen Bundes» stellte, gibt Nr. 55. Erzherzog Sigmund nimmt hier diese Adelsgesellschaft in seinen Schutz und verbindet sich mit ihr.

Reichen Aufschluß bietet der Band sodann für die Beziehungen zwischen Graubünden und dem benachbarten Österreich, wo die verworrenen Rechts- und Besitzverhältnisse vor allem im Münstertal, im Vintschgau und im Unterengadin einen ständigen Anlaß zu außenpolitischer Beunruhigung gaben. Zum Waffenstillstand von Glurns (Nr. 326), der durch den Einfluß des Bischofs von Chur, Heinrichs von Hewen, eines Schwaben, geschlossen worden war, bringt Thommen, ohne das Vertragsinstrument selbst in extenso abzudrucken, ein paar interessante Einzelheiten bei: Am 2. Februar 1499 hat man sich im Feldlager oder in einer nahen Stube zu Glurns über die Friedensbedingungen verständigt und diese aufzeichnen lassen, wohl durch einen Innsbrucker Kanzlisten. Der Vertrag wurde dann aber von den

Ereignissen derart rasch überholt, daß es zur Aushändigung des einen, urkundlich ausgefertigten Exemplars an den Bischof von Chur nicht mehr reichte, und dadurch beide Vertragsexemplare in habsburgischem Besitze geblieben sind. So wird der Historiker aus diesem überreichen Quell immer wieder schöpfen und sich dem Herausgeber für seine entsagungsvolle Arbeit zu größtem Danke verpflichtet fühlen.

Wie Thommen im Vorworte mitteilt, wird in absehbarer Zeit für einzelne Verbesserungen und Nachträge noch ein Ergänzungsband folgen, der die ganze Zeitspanne des Werkes von 765—1499 umfaßt.

B a s e l.

P a u l R o t h.

K. ERNST GIRSBERGER, *Leopold III., Herzog zu Österreich, der Held von Sempach (gest. 1386)*. Eine Monographie. 87 Seiten. Innsbruck 1934.

ERNST KARL WINTER, *Rudolph IV. von Österreich*. 1. Band. 410 Seiten und 24 Bildertafeln (Wiener soziologische Studien II, Wien 1934).

Die beiden tatkräftigsten Persönlichkeiten des habsburgischen Fürstenhauses aus der Zeit von 1350—1400, die herzoglichen Brüder Rudolf IV. und Leopold III., sind zum Gegenstand zweier neuer historischer Abhandlungen gewählt worden. Beide Schriften sind außerordentlich verschiedener Art.

Herzog Leopold III., «der Biedere», ist zweifellos eine der bedeutendsten deutschen Herrschergestalten des 14. Jahrhunderts. Johannes Haller sagt von ihm in seinen «Epochen der deutschen Geschichte» in der ihm eigenen drastischen Weise: «In seiner ganzen Erscheinung wirkt er inmitten seiner deutschen Zeitgenossen wie der Pfau unter den Hühnern». Die Schrift, die Girsberger über den «Helden von Sempach» veröffentlicht, steckt sich bewußt ein bescheidenes wissenschaftliches Ziel: der Verfasser wollte nur «eine kleine, abgerundete Monographie» schreiben, verfaßt vorab im Hinblick auf den baldigen 550. Gedenktag der Sempacher Schlacht. Er hebt ausdrücklich hervor, es handle sich bei seiner Studie nur um einen «Versuch», und fügt bei: «Eine genaue, jeder Kritik standhaltende Geschichte Herzog Leopolds III. müßte einmal noch geschrieben werden». Man wird daher über wissenschaftliche Mängel in Girsbergers Studie gerne hinwegsehen.

Das rastlose, beinahe unruhig zu nennende Umsichgreifen des jungen Herzogs erfährt eine lebendige Schilderung: so der Gewinn des Löwenanteils bei der habsburgischen Hausteilung von 1379, die Kämpfe mit Venedig und Padua um den Besitz von Treviso, Feltre und Belluno, der Erwerb von Freiburg im Breisgau (1368), Kleinbasel (1374), Feldkirch (1375), der Reichsvogtei Basel (1376), der Reichslandvogteien in Ober- und Niederschwaben (1379), von Triest (1382) usw. Vom schweizerischen Gesichtspunkt fällt auf, daß jeder Hinweis auf die kyburgischen Erwerbungen Nidau, Büren und Altreu (1379), Wiedlisbach, Bipp und Olten (1385) fehlt; und doch hat ge-

rade dieses Bestreben Leopolds, eine direkte Verbindung mit dem isolierten Freiburg im Uechtland herzustellen, maßgebend mitgeholfen, das mächtige Bern zu einer österreichfeindlichen Politik zu bestimmen. Der bewußte Verzicht auf Quellen- und Literaturkritik macht sich sogar bei der Behandlung der Schlacht bei Sempach geltend, auf der der Verfasser besonders eingehend verweilt; er übernimmt hier im wesentlichen die schon 1886 erschienene Darstellung Pusikans und begnügt sich mit dem Hinweis, daß beim vollständigen Fehlen zeitgenössischer ausführlicher Darstellungen eine «plastische» Beschreibung der Schlacht bei Sempach unmöglich sei. Andererseits aber benützt Girsberger die Gelegenheit, um auf verschiedene schweizergeschichtliche Entwicklungen einzutreten, die nicht unbedingt zum Thema gehören. So gibt er einen Abriß über die Geschichte der Stadt Basel bis zum Jahre 1370 (S. 19—24), und tritt mit besonders behaglicher Breite auf die Befreiungsgeschichte der Waldstätte ein (S. 51—59).

Ein Buch ganz anderen Formates ist die Abhandlung E. K. Winters über Leopolds älteren Bruder, Herzog Rudolf IV., «den Stifter». Winters Buch ist keine geschichtliche Darstellung im eigentlichen Sinne, sondern «erhebt den Anspruch, ein soziologisches und nur ein soziologisches Buch zu sein». Es handelt sich um einen großangelegten Versuch, mittelst moderner soziologischer Erkenntnismethoden die Zeit des Spätmittelalters, vorab des 14. Jahrhunderts, in neuartiger Weise aufzuhellen. Daß dabei die Persönlichkeit Herzog Rudolfs IV. in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt wird, erscheint beinahe als bloße Zufälligkeit. Vom wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus hätte man den Verfasser lieber eine «Österreichische Staats- und Sozialgeschichte des 14. Jahrhunderts» schreiben sehen; die umfassenden Kenntnisse Winters, wie sie im vorliegenden Werke zu Tage treten, hätten ihn dazu ohne weiteres legitimiert. Seine eigenwillige Themastellung ist bedingt durch die Forderungen heutiger Tagespolitik. Winter schrieb sein Buch, um «mit voller Wachheit an der geistigen Nacherzeugung des österreichischen Staatsbewußtseins mitzuwirken, das allein die österreichische Wirklichkeit tragen und gestalten kann». In Herzog Rudolf IV. sieht er den eigentlichen «Schöpfer des österreichischen Staatsbewußtseins», und mit seinem Buche möchte er «nichts Geringeres erreichen als die wissenschaftliche Klarstellung des österreichischen Staatsbewußtseins an einem konkreten Stück der österreichischen Geschichte, an einem österreichischen Herrscher, der in Schuld und Tugend ein Symbol Österreichs ist wie kein anderer».

Winters wissenschaftliche Tätigkeit lag bisher ganz auf dem Gebiete der Ideengeschichte; er veröffentlichte Arbeiten über «Die Metaphysik der Scholastik» (1929), «Das Soziologische in Platons Ideenlehre» (1930), «Der wahre Staat in der Soziologie des Rechtes» (1931), «Probleme der Religionssoziologie» (1931). Heute betätigt sich Winter in Wien bekanntlich als aktiver Sozialpolitiker. Auch für einen Mann von solch beweglichem Geiste mußte es ein Wagnis sein, sich die wissenschaftlichen Arbeitsmethoden

anzueignen, die man benötigt, um die Tatsachenfülle der spätmittelalterlichen Sozialgeschichte zu bewältigen und kritisch-konstruktiv auszuwerten. Mit seiner soziologischen Methode strebt der Verfasser vor allem darnach, die Spannung zwischen ideengeschichtlicher und sozialgeschichtlicher Betrachtungsweise zu überbrücken. Dies berührt besonders sympathisch angesichts der zahlreichen geistesgeschichtlichen Abhandlungen unserer Tage, die aus Bequemlichkeit auf die genaue Kenntnis der realen sozialgeschichtlichen Tatsachen verzichten und so gleichsam im luftleeren Raume arbeiten.

Winters Buch, genauer: der bereits vorliegende erste Band, gliedert sich in zwei Teile. Der erste ist betitelt: Die Problemkreise des österreichischen Frühsozialismus. Den neugeprägten Begriff « Frühsozialismus » will der Verfasser als Gegensatz zum spätmittelalterlichen « Frühkapitalismus » aufgefaßt wissen. Er argumentiert dabei so: « Man muß die beiden Begriffe, Kapitalismus und Sozialismus, die heutzutage unheilvoll verpolitisiert sind, dieses ihres sie korrumpierenden Nebensinnes entkleiden ». Kapitalismus und Sozialismus stehen sich gegenüber als « eine urgegebene Antithese im sozialen Geschehen aller Epochen, die sich in der Losbindung der Einzelwirtschaftler aus dem organisatorischen Gesamtgefüge der Gesellschaft und ihrer Rückverbindung durch die Staatsgewalt kundgibt, oder anders ausgedrückt, in einem Exzeß der Wirtschaft und ihrer Unterwerfung unter das Staatsinteresse ». So aufgefaßt, hat es zweifellos zu allen Zeiten « kapitalistische » und « sozialistische » Tendenzen gegeben. Aber man wird sich doch fragen müssen, ob infolge des Vorhandenseins solcher Tendenzen schon von « Kapitalismus » und « Sozialismus » gesprochen werden darf; dies ist doch wohl erst dann erlaubt, wenn das eine oder andere wirtschaftliche Organisationsprinzip das unbedingt vorherrschende ist. Leider sieht Winter dies nicht ein. In seiner Konzeption befangen, offensichtlich auch durch seine politische Einstellung verleitet, betrachtet er Herzog Rudolf IV. gewissermaßen als den Vorläufer des heutigen autoritären Regierungskurses in Österreich. So kommt er zum Schlusse: « Der Frühsozialismus, von dem wir sprechen, ist eine Angelegenheit des autoritären Staates, trägt darnach ein durchaus konservatives Vorzeichen ». Wie einseitig dieses Urteil ist, ergibt sich für den unbefangenen Historiker aus der einfachen Tatsache, daß ein « Frühsozialismus » im Winter'schen Sinne weit kräftiger als in den damals noch sehr fragwürdigen Fürsten « staaten » in den spätmittelalterlichen Städten blühte, hier freilich weit stärker auf genossenschaftlicher als auf « autoritärer » Grundlage.

Trotz diesen grundsätzlichen Einwänden darf sowohl den Wirtschaftshistorikern wie den Verfassungshistorikern das Studium von Winters Buch als sehr gewinnbringend empfohlen werden. Aus der neu aufgeworfenen Problemstellung heraus ergeben sich immer wieder neue Hypothesen, die zum mindesten als Anregungen wertvoll sind. Wo er interessante Entwicklungen feststellt, da verfolgt er sie auch über das 14. Jahrhundert hinaus, oft bis ins 17. Jahrhundert hinein. In zwei Kapiteln geht er den « Problem-

kreisen des österreichischen Frühsozialismus» nach. Das erste von ihnen, «Bergbauproblem und Bergbaupolitik», gliedert sich in folgende Unterabschnitte: Frühkapitalismus und Frühsozialismus, Salz und Eisen, Das regalistische Direktionsprinzip, Die rudolphinische Bergbaupolitik, Feudale Unternehmung und landesfürstlicher Dienst, Die Erwerbung Tirols. Die Unterabschnitte des zweiten Kapitels, «Kreditproblem und Kreditpolitik», heißen: Der Kredit im Frühkapitalismus, Gold und Silber, Bankwesen und Bankpolitik, Lombardenprivileg und Münzer-Hausgenossenschaft, Das Staatsbankproblem, Die Kammerknechtschaft der Juden, Feudalismus und Kapitalismus, Das feudalistische Anweisungs- und Verrechnungssystem, Staatsrente und Kirchenrente, Die frühkapitalistische Unternehmung.

Für die Beurteilung des «sozialpolitischen» Werkes Rudolfs IV. stellt Winter einerseits ab auf die Bestimmungen des Privilegium maius und sodann vor allem auf vier Wiener Verordnungen aus den Jahren 1360—1364: über die Ablösung der Renten, über die Fertigung aller Verkehrsgeschäfte mit liegendem Gute vor dem Stadtrate, über die Vermächtnisse an Gotteshäuser und über die Handwerkerinnungen. Bezeichnenderweise galten diese Erlasse anfänglich nur für die Stadt Wien und wurden erst nachher auf andere landesfürstliche Städte ausgedehnt. Die Maßnahmen waren also mehr ein Erzeugnis lokaler als territorialer Gebotsgewalt; der Landesfürst setzte sie durch als Stadtherr, d. h. als Inhaber lokal-domonialer Herrschaftsrechte, aus dem Willen zu möglichst gleichmäßiger Stärkung seiner haus herrschaftlichen Machtstellung. Von einer landesfürstlichen «Staatsgesetzgebung» kann schon deswegen die Rede nicht sein, weil dem österreichischen Herzog damals noch jede gesetzgeberische Gewalt über die zahlreichen Feudalherrschaften fehlte; allgemeine Landesgesetze konnten vor dem 17. Jahrhundert auch in Österreich nur kraft Zustimmung der Landstände erlassen werden und nicht auf «autoritärem» Wege. Hätte der Verfasser dies beachtet, so hätte er die Verordnungen von 1360/64 kaum folgendermaßen zu deuten versucht (S. 139): «Vom Kreditproblem aus gesehen, das zweifellos in der Mitte stand, haben alle diese Maßnahmen nur dann einen Gesamtsinn, wenn sie darauf ausgingen, eine staatliche Kreditorganisation zu schaffen, mit ihrer Hilfe aber, insbesondere durch staatliche Rentenpolitik, das Kreditvolumen der Volkswirtschaft zu bestimmen, und darin der verhängnisvollen Schere von ländlicher Besitzverteilung und städtischer Kreditgestaltung, von kirchlichem Interesse an der Rente und staatlichem Interesse am Zins, Abbruch zu tun, und der Kausalverbundenheit von Kreditinflation und Krise die staatliche Neuregelung und Vollbeherrschung des Kredits entgegenzustellen... Es sind auch hier nicht bloß staatskapitalistisch-fiskalische Interessen, welche die Staatenwelt des 14. Jahrhunderts bestimmen, sondern es gehen staatssozialistisch-organisatorische Interessen voran».

Eine auffallende stilistische Eigenart Winters ist seine Vorliebe für bildhafte Darstellungen. Ausführend, wie das Landesfürstentum den Feu-

dalismus mittelst des Dienstadels, des städtischen Patriziats, der Kirche zu überwinden suchte, prägt er folgendes Bild (S. 145): « Alle diese Einsätze beruhen freilich gewiß nur auf halbreflexiven Maßnahmen der Staatsgewalt gegen die sie bedrohende Feudalität, es sind Instinktshandlungen der Staatsführung, ein grandioses Ringen zweier Prinzipien, von denen das eine, die staatliche Souveränität, Welle um Welle gegen die festen Bastionen der grundbesitzenden Gesellschaft aussendet, diese aber ebenso Welle um Welle in sich aufnimmt, assimiliert, umwandelt und nicht selten sogar als Gegenwelle gegen den Angreifer zurückwirft ». Wie man sich auch zu solchen Vergleichen stellen mag, so wird man doch mit Befriedigung feststellen, daß Winter nicht, wie andere Autoren, darauf ausgeht, « plastische Anschaulichkeit » als Deckmantel für gedankliche Verschwommenheit zu benutzen.

Der zweite Teil des Buches behandelt « Die Problemkreise der österreichischen Frührenaissance ». Das erste Kapitel, betitelt « Der österreichische Mensch », gibt eine Übersicht über die geistig führenden Persönlichkeiten in der Umgebung Herzog Rudolfs IV. Es folgen sich die Abschnitte: Der Herzog (Rudolf IV.), Der Kanzler (Bischof Johann von Gurk, Brixen und Chur), Der Dynast (Graf Ulrich von Schaunberg), Der Patrizier (der Wiener Bürgermeister Hans von Tirna), Der Diktator (Bürgermeister Rudolf Brun von Zürich), Die Muhme (Königin Agnes von Ungarn), Der Bußprediger (der Augustiner Chorherr Konrad von Waldhausen), Der Volkstribun (Cola di Rienzi), Der Kaiser (Karl IV.). Ein zweites Kapitel, « Der österreichische Staat », enthält folgende Abschnitte: Die Staatsideologie, Das Staatsheiligtum (das von Rudolf IV. gestiftete Wiener Kapitel St. Stephan), Verbarockte Staatsmystik, Die rudolfinischen Arengen, Das Privilegium maius, Der Platonismus der Frührenaissance.

Dieser zweite Teil von Winters Buch stellt einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur österreichischen Staatsgeschichte und darüber hinaus zur spätmittelalterlichen Geistesgeschichte überhaupt dar. Da es sich aber dabei um mannigfache Anregungen handelt, die nicht durch einen einheitlichen Leitgedanken zusammengehalten werden, so würde es zu weit führen, auf Einzelnes einzugehen. Die Schweizer Historiker seien jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß mancherorts, etwa im Abschnitte über Rudolf Brun, neuartige Hinweise vorhanden sind, wie die österreichische Staatsentwicklung von der Schweiz her beeinflußt wurde.

Basel.

Adolf Gasser.

HANS WASER, *Das öffentlichrechtliche Schiedsgericht und die andern Mittel friedlicher Streiterledigung im spätmittelalterlichen Südfrankreich.* Ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts. Zürich, Schultheß & Co. 1935. 148 S.

Diese Publikation, welche den ersten Teil einer größeren, bis jetzt noch nicht vollständig veröffentlichten Arbeit darstellt, hat einen Historiker

zum Verfasser und wurde der Zürcher Philosophischen Fakultät I als Doktorarbeit eingereicht; sie greift aber stark ins Juristische über und ist von Prof. Schindler von der Juristischen Fakultät begutachtet worden. Diese Zweiheit der Thema-Auffassung und der in der Studie zum Ausdruck kommenden Gesichtspunkte wirkt sich sowohl in der Problemstellung wie im rein Tatsächlichen recht fruchtbar aus. Besonders im 1. Kapitel, das von der Gegenständlichen Begrenzung handelt und sich in die Abschnitte «Das Schiedsgericht», «Recht und Staatlichkeit» und «Begriff und Wirklichkeit» gliedert, kommt die rechtliche Seite naturgemäß sehr zur Geltung. Im Folgenden möchten wir einige Hauptgedanken und Feststellungen Wasers herausgreifen und dabei hie und da auf Ähnlichkeiten mit der Geschichte des Schiedsgerichts in der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinweisen.

Der Verfasser untersucht zunächst, was unter dem Begriff Schiedsgericht zu verstehen sei, wobei er unterscheidet zwischen Wesensmerkmalen, die dem Schiedsgericht unbedingt eigen sein müssen, und mehr akzessorischen Eigenschaften, die ein Schiedsgericht meist, aber nicht immer aufzuweisen hat und die daher nicht als wesentlich und unbedingt typisch für diese Institution zu betrachten sind. Durchaus beipflichten läßt sich der folgenden Definition Wasers: «Die schiedsgerichtliche Streiterledigung besteht in einer auf Grund vorgängiger Anerkennung durch die Parteien für diese verbindlichen Regelung der ihr zur Entscheidung zugewiesenen Streitfragen durch Persönlichkeiten, die mit ausdrücklicher Einwilligung beider Parteien amten». Recht hat der Verfasser unseres Erachtens auch damit, daß er die relative Unerzwingbarkeit der Urteilsexekution, sowie die Nichtanwendung des starren Rechts nicht als wesentliche Merkmale des Schiedsgerichts ansieht. In diesem Zusammenhang wird auch der Unterschied zwischen dem «arbitrator», der nach strengem Recht urteilt, und dem nach Billigkeit, *ex aequo et bono* entscheidenden «arbitrator», welchen Ausdrücken die sächlichen Bezeichnungen «arbitrium» und «arbitratus» entsprechen, hervorgehoben.

Weniger glücklich scheint uns der Versuch des Verfassers zu sein, für das Mittelalter staatsrechtliche und völkerrechtliche Schiedsfälle auseinanderhalten zu wollen. Wenn auch nicht verschwiegen sei, daß Waser sich der Verwischung aller Grenzen durchaus bewußt ist und sowohl diese wie auch andere theoretisch vorgenommene Unterscheidungen im Hinblick auf die praktische Durchführbarkeit mit den größten Vorbehalten versieht, so hat doch diese Unterscheidung etwas allzu Konstruiertes an sich. Es scheint uns vielmehr, daß rein staatsrechtliche Schiedsfälle im Mittelalter sozusagen überhaupt nicht vorkommen, resp., was vielleicht noch zutreffender ist, daß weitaus die meisten Schiedsfälle im Mittelalter völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Natur zugleich sind. Wenn ein nominelles Reichsglied, ein eidgenössischer Ort oder ein französischer Vasall soweit verselbständigt ist, daß — in Mißachtung der eigentlich zuständigen Zentralinstanz — ein schiedsgerichtlicher Austrag seiner Streitigkeiten in Frage kommt, so ist

doch eigentlich der alte Staatsverband praktisch als gelöst und sind die Beziehungen solcher Einzelglieder zueinander als solche völkerrechtlicher Natur zu betrachten, umso mehr, als von solchen eigenmächtig Handelnden doch fast immer auch das Recht, Bündnisse zu schließen und Krieg zu erklären, beansprucht und gehandhabt wird. Staatsrechtliche Fälle aber, die mit Zustimmung der Zentralinstanz oder des Reichsoberhauptes einem Schiedsgericht überwiesen werden, kommen, wenigstens in deutschen Ländern, unseres Wissens nicht vor; wenn der Kaiser einen solchen Streit nicht selbst entscheiden will, delegiert er diese Funktion und überläßt sie nicht etwa freiwillig einer Schiedsinstanz. Möglich ist es ja, daß in Frankreich die Verhältnisse in dieser Beziehung etwas anders lagen. Übrigens schwächt Waser die auf S. 57 gemachte Unterscheidung auf S. 66 wieder ganz wesentlich ab.

Sehr interessant und zutreffend ist, was Waser S. 73/74 über die durch völkerrechtliche Vereinbarung geschaffenen gerichtlichen öffentlichrechtlichen Kommissionen sagt. Es handelt sich hier um Instanzen, die durch Vereinbarung zwischen Staaten geschaffen werden und die Streitigkeiten zwischen diesen Staaten angehörenden Privatpersonen auszutragen haben; sie werden meist auch Schiedsgerichte genannt, sind aber streng genommen keine, da sie von Staats wegen und nicht durch die Parteien selbst bestellt werden. Es darf hier wohl ergänzend darauf hingewiesen werden, daß zwischen Frankreich und der Schweiz von 1516 an jahrhundertlang eine derartige Einrichtung bestand, indem Ansprachen eidgenössischer Privater an die Krone nach dem sogenannten « Marchrecht » zu Payerne vor einer paritätisch zusammengesetzten 4- oder 5-gliedrigen Instanz, den « juges de marche », die — wie z. B. der Urner Johann Brücker und der Freiburger Ulrich Nix — teils lebenslänglich dieses Amt versahen, entschieden wurden.

Wir gehen nun über zum Abschnitt « Begriff und Wirklichkeit ». Was Waser hier auf S. 75—86 bietet, wie er die ganze Entwicklungsreihe von der einfachen Transaktion und vom Akkord bis zu den internationalen obligatorischen Gerichten und verfügenden Organen aufdeckt, wobei die Rolle, welche der Drittinanz dabei zufällt, sukzessive zunimmt, kann nicht anders als glänzend bezeichnet werden. Hier erweist sich Waser als Jurist, der bei aller Kompliziertheit der Materie immer klar bleibt und ein erstaunliches Ausdrucksvermögen an den Tag legt, während in dem Abschnitt « Räumliche Begrenzung » der Historiker Waser sich als genauer Kenner der südfranzösischen Staats- und Rechtsentwicklung zeigt. Diese beiden Passagen seines Werkes sind dem eiligen Leser besonders anzuempfehlen. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Sehr schön werden die Zusammenhänge des vom Verfasser behandelten und genau abgegrenzten räumlichen Gebietes mit Katalonien, den Pyrenäen-Gegenden und der Provence aufgezeigt; viel Mißverständnisse dürften die luziden Ausführungen über die Langue d'oc und das Languedoc beseitigen helfen. Alles in allem ist dieser Abschnitt ein knapper, aber vollständiger Überblick über die damalige Rechts- und Verfassungsgeschichte Südfrankreichs.

Doch wir sind etwas vorausgeeilt und haben noch einiges nachzuholen. Scharfsinnig sind auch die Ausführungen auf S. 86 ff. Sie beziehen sich auf die Dynamik in der ganzen Schiedsgerichtsbeziehung. Viel ist hier von Zwischengliedern und Grenzformen die Rede, von schiedsgerichtsnahen, schiedsgerichtsartigen, schiedsgerichtshaften und arbitroiden Fällen: Ausdrücke, welche Waser zum Teil selbst geprägt hat, die aber durchaus ihre Berechtigung haben und zum bessern Verständnis der Grenzfälle beitragen. Wer selbst sich mit mittelalterlicher Schiedspraxis befaßt, weiß, welche enorme Rolle zahlenmäßig diese Grenzfälle spielen, bei welchen man stets im Zweifel ist, ob ein Schiedsaustrag vorliegt oder nicht. Die zutreffendste Überschrift für diesen Abschnitt wäre wohl Heraklits Wort: *Pánta rhei*.

Sehr gut ist auch, was Waser S. 91 über die Bipolarität sagt, welche in der Natur der Schiedsgerichtsbarkeit liegt: das « Bestreben der Parteien, das mit der compromissarischen Verpflichtung übernommene Risiko und die Ungewißheit über die Auswirkungen der Vereinbarung nicht zu groß werden zu lassen » und der « Wunsch, ein arbeitsfähiges und möglichst unbeteiligtes Tribunal zu schaffen » wirken sich vielfach entgegen.

Ein weiterer Paragraph behandelt das Schiedsgericht als « soziologisches Phänomen ». Unter anderm geht der Verfasser hier den Motiven nach, die die Parteien zum schiedsgerichtlichen Austrag bestimmten. Diese Motive können politischer, rationaler oder moralischer Art sein; von jeder Kategorie zählt Waser einige auf. Mit Recht bemerkt er, daß in den Begründungen, vor allem solchen religiöser Natur, in den Urkunden vieles formelhaft ist (man denke an die Arengen mittelalterlicher Privilegien!) und daß es daher oft sehr schwer ist, das tatsächliche Motiv jetzt noch einwandfrei festzustellen (S. 102). Auch das Mittelalter hatte seine Propaganda (auch Waser weist mehrmals auf die Friedenspropaganda der Kirche hin), kannte Schlagworte und falsche Begründungen. So wenig wie einem Adeligen im Mittelalter, der « zu seinem Seelenheil » einem Kloster reiche Schenkungen macht, in Hinsicht auf das Motiv immer zu glauben ist, so wenig kann den Parteien ohne weiteres Glauben geschenkt werden, wenn sie aus purer Friedensliebe (« *amore pacis* » oder ähnlich) ein Schiedsgericht bestellen; denn oft waren viel realere Hintergründe maßgebend. Dies ist, möchten wir hier beifügen, der Grund, warum es uns sehr willkommen ist, wenn sich, wie das vom 16. Jahrhundert an meistens der Fall ist, von einem Schiedsfall her nicht nur die offiziellen Urkunden und Aktenstücke, sondern auch Briefe erhalten haben; Briefe sind oft wichtiger als der Schiedsspruch selbst, weil sie uns hinter die Kulissen sehen lassen.

Die Feststellung der Motive wird erschwert nicht nur durch die Beliebtheit von Formeln, sondern auch infolge mangelhafter Überlieferung und Erhaltung der Urkunden. Wenn hingegen Waser in dieser Beziehung meint (S. 103, Anm. 132), daß « erfolglos gewesene schiedsgerichtliche Bestrebungen infolge des sicherlich nicht seltenen Mangels an schriftlicher Fixierung und infolge der gewiß besonders häufigen Nichterhaltung wirkungslos gebliebener

Akten zweifelsohne noch öfter als erfolgreiche Schiedsgerichtsfälle der Vergessenheit anheimfielen», so können wir diese Ansicht nicht unbedingt teilen. Oft kann man gerade das Umgekehrte feststellen, nämlich daß das Schweigen der Quellen ein Beweis ist für die endgültige Beilegung eines Streites. Sehr richtig hingegen ist die ebenfalls in Anm. 132 sich findende Aufzählung der verschiedenen Momente, die für einen Erfolg des Schiedsverfahrens als unerläßlich zu betrachten sind.

Der letzte Abschnitt der Publikation trägt den Titel «Zeitliche Begrenzung». Von den Ergebnissen scheinen uns hier vier Feststellungen besonders beachtenswert zu sein: 1. Die Zeitgrenzen, innerhalb welcher die Entwicklung des Schiedsgerichts in Südfrankreich zu betrachten sich lohnt, ergeben sich sozusagen zwangsläufig. 2. Das Schiedsgericht in Südfrankreich blühte vor allem im 12., 13. und 14. Jahrhundert; von 1050—1150 war es noch eher spärlich verbreitet; den Kulminationspunkt erreichte es im 13. Jahrhundert (S. 136—38, 147). Ein Vergleich mit den Arbeiten von Frey, Bader und Usteri ergibt, daß es damit zeitlich ungefähr die Mitte hält zwischen den Perioden des Beginns der Schiedsgerichtsbewegung in Oberitalien einerseits, in der Schweiz und in Schwaben andererseits. 3. Recht interessant ist die Feststellung, daß bei der Unterwerfung Südfrankreichs unter die königliche Zentralgewalt das Schiedsgericht nicht vollständig verschwand und verdrängt wurde, sondern daß das Königtum es zum Teil übernahm und reglementierte. 4. Die vierte Feststellung berührt das Schiedsgericht nur indirekt und ist daher von Wasers nicht gemacht worden. Wir meinen die übrigens sicher nicht leichte Lösung der Frage: Warum hat sich die Schweizerische Eidgenossenschaft gegenüber Österreich und dem Reiche zu halten vermocht, während Südfrankreich, das jahrhundertlang sich eine gewisse Selbständigkeit zu wahren wußte, schließlich der französischen Königsgewalt anheimfiel und auch die oberitalienischen Kommunen ein ähnliches Schicksal erlitten? Wir wollen uns nicht anmaßen, hierauf eine allgemeingültige Antwort zu geben. Aber daß hierbei zwei Momente wesentlich mitwirkten, scheint uns doch gerade aus der Darstellung Wasers hervorzugehen: Einmal die der österreichischen Politik weit überlegene Staatskunst der französischen Könige, die sich zum Beispiel den Gegensatz zwischen der Kirche und der Albigenserbewegung meisterhaft zunutze zu machen wußte (vgl. S. 140). Sodann das Fehlen von freiheitlichen Regungen, von Ansätzen zur Selbstverwaltung und von Schwurverbänden in den ländlichen Gebieten Südfrankreichs, welche allein fähig gewesen wären, in Verbindung mit der in den Handelsstädten wirksamen kommunalen Idee die Entwicklung zum Zentralismus abzubremsen, aufzuhalten und zu überwinden.

Wasers Quellenkenntnis und Quellenverwertung läßt nichts zu wünschen übrig. Auf eigentliche Archivstudien an Ort und Stelle mußte er allerdings verzichten, konnte es aber ohne große Nachteile tun, da sehr viel Quellenmaterial gedruckt vorliegt und in Paris benützt werden konnte. Den Bibliotheken seien seine Ausführungen auf S. 26/27 angelegentlich zur Beachtung

empfohlen, zeigen sie doch, was für Konsequenzen Irrtümer und Mängel in der Katalogisierung gelegentlich haben können. Die beiden Werke von Fourgous, der sich schon vor einiger Zeit mit dem Schiedsgericht in Frankreich befaßte, sind infolge solcher Mängel den Forschern, welche sich in den letzten Jahren mit dem Schiedsgericht befaßten, vollständig unbekannt geblieben und erst von Waser durch einen Zufall wieder ausgegraben worden. Von Druckfehlern ist Wasers Arbeit ziemlich frei; S. 63, Anm. 55 lies « Valangin » statt « Valengin », S. 80, Anm. 87: « Kellogg-pakt » statt « Kellog-pakt ». Ein ausgedehnter Anmerkungsapparat enthält zahlreiche Quellenbelege und Hinweise; wenn es auch etwas schwere Kost ist, was hier geboten wird, so wird doch der Historiker vom Fach wenigstens diese Fundgrube von Aufschlüssen gebührend würdigen. Es bleibt nur zu wünschen übrig, daß der ungedruckte Teil der fleißigen Arbeit der Forschung auch bald allgemein zugänglich gemacht wird.

Zürich.

Emil Usteri.

GÜNTHER FRANZ, *Der Kampf um das « alte Recht » in der Schweiz im ausgehenden Mittelalter*. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des deutschen Bauernkrieges. S.-A. aus Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. Hsg. Prof. Dr. H. Aubin, Breslau (Bd. XXVI, Heft 2, 1933. S. 105—145).

Der Aufsatz sollte, wie der Verfasser mitteilt, ein Kapitel seines Buches « Der deutsche Bauernkrieg » (München, Oldenbourg 1933) bilden, mußte dort aber schließlich knapp zusammengefaßt werden und erscheint hier im ursprünglichen Wortlaut. Leitsatz des ganzen Aufsatzes könnte das vom Verfasser zitierte Wort Ph. von Segessers sein, daß alle Aufstände der Bauern in der Schweiz darauf gerichtet waren, das alte Staatsrecht gegen das neue, die « speziellen Rechte und Freiheiten des Mittelalters gegen die Entwicklung der modernen Staatsgewalt » aufrechtzuerhalten. « Nicht gegen das Subjekt der Landeshoheit war der Kampf gerichtet, sondern gegen die Ausdehnung ihres Begriffs über die Schranken der alten geschriebenen, verbrieften und im Gedächtnis des Volkes fortlebenden besonderen Rechte und Freiheiten ». Das macht Verfasser anschaulich an der ganzen Reihe der Bauernunruhen vom ersten urkundlich überlieferten Bund der Eidgenossen bis ins zweite Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts. Auf dem knappen Raum von bloß 40 Seiten konnten natürlich nicht alle treibenden Kräfte der einzelnen Bewegungen zur Darstellung gelangen. Der durch das alte Herkommen begründete Widerstand der Landleute gegen die Forderung ungemessenen Kriegsdienstes spielte wohl die Hauptrolle, wie der Verfasser hervorhebt. Daneben mag die verbesserte wirtschaftliche und soziale Stellung der Bauern in der Schweiz aber auch ihr Selbstbewußtsein und damit ihre Ansprüche gesteigert haben. Was der Verfasser auf S. 120 N. 1 diesbezüglich bemerkt, war keine vereinzelte Erscheinung: Die Verschuldung der Herren brachte vielerorts den Bauern größere Freiheit. Dazu

kam, daß die städtischen Bürgerschaften, namentlich Bern, die Bauern in Schutz nahmen, wenn deren Herren ihre Ansprüche gegen sie, entsprechend den veränderten Geldwertverhältnissen, ziffernmäßig erhöhen wollten.

Einleuchtend und aufschlußreich ist schließlich die Bemerkung, daß erst im 2. Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts die Neigung der Bauern entstand, unter Berufung auf das « göttliche Recht » eine neue, bessere Lage zu verlangen: Statt dem « reaktionären » Festhalten alten Rechts nun das « revolutionäre » Verlangen nach neuem Recht.

Bern.

Hermann Rennefahrt.

BLONDEL LOUIS: *L'architecture militaire au temps de Pierre II de Savoie. Les donjons circulaires.* Genava XIII (1935). 51 S.

Die Gestalt Peters II. von Savoyen steht als Neugründer des savoyischen Staates, vor allem diesseits der Alpen, eindrucksvoll vor uns, seitdem Wurstemberger vor bald einem Jahrhundert sein Leben und seine Taten in einer noch heute im wesentlichen gültigen Weise umrissen hat. Blondel weist nun in der vorliegenden knappen, aber sorgfältig unterbauten Studie nach, daß Peter auch auf dem Gebiete der Kriegsbaukunst im savoyischen Machtbereiche schöpferisch gewirkt hat. Er stellt fest, daß unter Peter die ersten jener mächtigen runden Türme erstellt worden sind, die für die Burgen der Westschweiz und Savoyens noch heute vielfach bezeichnend sind. Diese runden Bergfriede stammen aus der Guyenne und Peter hat sie dort auf seinen Kriegszügen im Dienste der englischen Krone kennen und schätzen gelernt. Durch Werkmeister aus der Guyenne ließ er dann bei seinen zahlreichen Burgenbauten in alten und neuen Besitzungen die ersten derartigen Rundtürme erstellen, die von da an für seinen und seiner Nachfolger Burgenbau charakteristisch wurden. 32 solcher Türme weist Blondel nach in der Waadt, in Savoyen, im Wallis und im Aostatale. Der östlichste Vorposten findet sich auf Neu-Regensberg!

Blondel hat seinen Beweis in völlig unangreifbarer Weise geführt. Als Architekt vermag er auf die Einzelheiten der Bauweise einzugehen, kann seine Ausführungen mit Grundrissen und Aufrissen erläutern und hat so insgesamt eine geschlossene Darstellung einer bezeichnenden Bauform, die Geschichte einer kulturellen Fernwirkung und einen Baustein zum Bilde des einzigartigen Savoyers geschaffen. Die Arbeit ist also erheblich mehr als ein Beitrag zur westschweizerisch-savoyischen Landesgeschichte und in ihrer Art musterhaft.

Aarau.

Hektor Ammann.

ERNST STAEHELIN: *Briefe und Akten zum Leben Oekolampads.* Bd. II.: 1527—1593. (= Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte, hgg. vom Verein für Reformationsgeschichte, Bd. XIX). Bei Heinsius in Leipzig, 1934; 897 S.; brosch. RM. 65.—.

Bereits im Jahre 1927 war ein erster die Jahre 1499—1526 umfassender Band der Oekolampadakten erschienen. Der zweite nunmehr vorliegende

Band führt abschließend weit über das Todesjahr des Basler Reformators hinaus bis ins Jahr 1593, sodaß in erfreulichem Maße auch die Auswirkungen des Lebenswerkes Oekolampads Berücksichtigung finden konnten. Wir werden dem Herausgeber Dank dafür wissen, daß er trotz anderweitiger Belastung auch in diesem Bande alles erreichbare Material herbeigezogen und mit aller Umsicht und minutiöser Genauigkeit bearbeitet hat. In zahlreichen Annotationes wird in zuverlässiger Weise Aufschluß erteilt über Fragen der Datierungen und der Textverhältnisse, eingehende Quellen- und Literaturnachweise erbracht und darüber hinaus Kunde gegeben von Ereignissen und Persönlichkeiten, die uns in den Akten entgentreten. Diese Anmerkungen, hinter denen viel Arbeit steht, werden jedem Benützer dieses Bandes eine willkommene Erleichterung der eigenen Forschungen bedeuten.

Von dem reichen Inhalte sei Einiges genannt. Zunächst wird an Hand eigener Zeugnisse wie fremder Beurteilungen weitschichtiges Material geboten zur Erfassung und Darstellung der Persönlichkeit Oekolampads und deren Einschätzung in verschiedenen Kreisen seiner Freunde wie seiner Gegner, wobei wir die Art seines äußeren Auftretens kennen lernen so gut wie tiefere Züge seines Wesens. Mitten in den Kampf um den neuen Geist führen uns Briefe und Akten, die des Basler Reformators enge Verbindungen zu den führenden Persönlichkeiten seiner Zeit erweisen, zu Humanisten wie Bonifazius Amerbach, wie Willibald Pirckheimer, wie Erasmus, zu den Großen im Lager der Reformation, wie zu Luther und Melanchthon, zu Zwingli und den Straßburgern. Scharf heben sich die Fronten ab in diesem Kampfe nach beiden Seiten hin, gegen die Altgläubigen wie gegen die Täufer. Und um diesen Kampf geht es auch in den lebhaften Auseinandersetzungen mit den Behörden der eigenen Stadt und den Vertretern fremder Gemeinwesen. Besonders lebendig werden diese Beziehungen, wenn Oekolampad im Lichte eigener oder fremder Darstellungen als Teilnehmer an wichtigen Disputationen, in Baden, Bern, Marburg auftritt.

Gerade in diesem Zusammenhang werden wir an Hand der Akten tiefer hineingeführt in die Fragestellungen und Auseinandersetzungen, die jene Zeit bewegten und zu deren Entscheidung Oekolampad beigetragen hat. Wir weisen hin auf den Kampf um die Abendmahlsauffassung, um die Liturgie, um die Kirchenordnung, um die Kirchenzucht. Gerade in dieser Hinsicht sind die hier veröffentlichten Akten eine gute Ergänzung zu den Ausführungen W. Köhlers über die Ausgestaltung kirchenrechtlicher Belange. Vor allem wird der Benützer der Sammlung dankbar sein für die Veröffentlichung des lateinischen Textes der Rede Oekolampads vom Juni 1530, welche für die Klarstellung des Problems eines „jus divinum“ auf reformiertem Boden von grundlegender Bedeutung ist, bisher aber nur in der deutschen Übersetzung zugänglich war.

Endlich sei betont, daß die vorliegende Sammlung keineswegs nur dem Kirchenhistoriker zugute kommt, sondern daß sie als Ergänzung der „Basler Reformationsakten“ dem Bearbeiter der Basler Stadtgeschichte wie dem Darsteller allgemeiner schweizerischer Zusammenhänge im Zeitalter der

Glaubenskämpfe wertvolles Material an die Hand gibt. Wir möchten nicht verfehlen, gerade in dieser Hinsicht die Oekolampadakten zu eingehender Prüfung und Benützung zu empfehlen.

Ober-Erlinsbach, Aargau.

J. Schweizer.

EMIL FRANZ JOSEF MÜLLER. *Glarean und Aegidius Tschudi, ihre menschlichen und gelehrten Beziehungen*. Mit 38 Briefen Glareans aus den Jahren 1533—61. Separatabdruck aus «Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte» 1933. 96 S.

Der durch Zwingli im Lande Glarus geweckte Humanismus hat wegen der nachfolgenden Religionsstreitigkeiten nur wenige, aber köstliche Früchte getragen. In die Geschichte sind die Namen zweier Männer eingegangen, Heinrich Loriti genannt Glarean, Dichter und Professor, der zu Basel, Paris und vor allem zu Freiburg i. Br. gewirkt hat, und Aegidius Tschudi, der «Herodot der Schweizer Geschichte». Müller hat in seiner verdienstlichen, scharf umrissenen Abhandlung die Briefe Glareans aus dessen Freiburger Wirksamkeit zu Grunde gelegt, von denen eine größere Anzahl bisher unveröffentlicht war. Sie liegen in Abschriften in der Manuskriptensammlung des Camerarius J. J. Tschudi von Glarus vor, die das Landesarchiv durch Carlos von Tschudi, Zürich, als Depot zugewiesen erhielt. Unter unzähligen Quellenhinweisen entwirft der Verfasser ein überaus reizvolles Lebensbild Glareans, der in seiner Jugendzeit entscheidend durch Erasmus von Rotterdam beeinflußt worden ist. Nicht bloß ein Mann voll von konfessioneller Leidenschaft, sondern weit mehr als solcher von religiöser Tiefe wird er zum Wegbereiter der katholischen Reform. Darin liegt auch der über den biographischen Rahmen hinaus reichende Quellenwert der Briefe an Tschudi. Man muß es mit Dr. Müller bedauern, daß Tschudis Gegenbriefe nicht bekannt sind. Sicher aber ist, daß Glarean und Tschudi, die beide, wie der Verfasser nachzuweisen versucht, auch durch familiäre Bande verknüpft waren, in der grundsätzlichen Einstellung zur religiösen Frage eines Sinnes waren. Glarean setzte auf Tschudi alle Hoffnungen für die Rückführung seiner Landsleute wie der Eidgenossenschaft zum katholischen Glauben. Nicht ganz gerecht mag der Verfasser in einer Zwischenbemerkung gegenüber dem glarnerischen Reformator Fridolin Brunner geworden sein, den er als leidenschaftlichen Gegner der Altgläubigen bezeichnet. Als Beweis für die damaligen beiderseitigen äußerst leidenschaftlichen Religionsstreitigkeiten sei eine Briefstelle Brunners an Mykonius vom 17. Februar 1540 zitiert: «Durch Gottes Gnad ware ich der erste Evangelische Prediger zu Glarus, habe deswegen von den Liebhaberen der Welt viel Ungemach erlitten, bin meiner Mitteln beraubt, verjagt, summa, in Gefahr Lebens und Mittlen gestürzt worden, in welchem allem aber Gottes Hilff und Trost mir kräftig beigestanden». Die Briefe berühren nicht bloß persönliche Dinge, sondern politische, religiöse und wissenschaftliche Ereignisse und Erörterungen. Tschudi erfuhr wertvolle Anregungen für sein Erstlingswerk «Gallia Co-

mata», das Glarean wiederum immer und immer wieder als vorzügliche Leistung pries. Das wissenschaftliche Freundschaftsverhältnis war übrigens ein gegenseitiges: Glarean übermachte seinem Freunde seine eigenen wichtigsten Publikationen. Unklar bleibt, wie weit Tschudi daraus geschöpft hat wie ja übrigens er auch in den Arbeiten über die schweizerische Frühgeschichte laut richtiger Bemerkung des Verfassers eine noch in starkes Dunkel gehüllte Gelehrten-gestalt bleibt. Die geschichtliche Studie wie die 38 in flüssigem Humanistenlatein geschriebenen und wiedergegebenen Briefe, eingangs je durch eine knappe deutsche Inhaltsangabe erweitert, sind eine schätzenswerte Quelle für die menschlichen und gelehrten Beziehungen und ein wertvoller Beitrag vor allem zur Lebensgeschichte Glareans, des im Ausland wirkenden, dennoch in seiner Heimat stark verwurzelt gebliebenen Gelehrten. In Beilagen wird u. a. das bereits früher publizierte Testament Loritis abgedruckt.

Glarus.

J. Winteler.

PIERRE BERTRAND, *Genève et la Révocation de l'Edit de Nantes*. Genève, 1935, in 8^o, 204 pages et carte.

Au moment où les protestants de France et d'origine française commémorent le deux-cent cinquantième anniversaire de la Révocation de l'Edit de Nantes, le livre de M. Pierre Bertrand a un grand intérêt. Son sous-titre: « Etude d'histoire économique et politique », prouve qu'il a mis au premier rang les conséquences économiques, et c'est ce qui fait pour nous sa valeur.

Les contre-coups de la Révocation sur les relations politiques de Genève avec la France étaient déjà assez bien connus par *l'Histoire de Genève* de J. A. Gautier, aux bases solides et de lecture très attrayante parce qu'elle suit de très près les textes. L'exposé de M. Bertrand a l'avantage de ne retenir que ce qui est relatif à son sujet, et ajoute quelques faits nouveaux.

M. Bertrand est surtout un disciple de M. A. Babel, professeur d'histoire économique à l'Université de Genève; cela se voit à ce qu'il a insisté sur l'influence de la Révocation sur l'évolution des métiers. C'est évidemment l'un des côtés de la question, peut-être même le plus important. Mais, avant de parler de ce que ce livre expose, il convient de dire ce qui lui manque. Si, au lieu de prendre le volume de Covelle, M. Bertrand avait consulté les actes de notaires d'une façon plus large, il aurait relevé les noms de beaucoup plus de nobles et gros bourgeois qu'il ne l'a fait; il aurait dû aussi remarquer que la Rome protestante resserrait les liens entre les protestants français disséminés à l'étranger, et les attirait pour des voyages ou séjours. Certes cette seconde grande immigration française n'a pas apporté autant d'éléments distingués que la première, mais elle en a apporté. Et si, poussant plus loin les choses, l'on recherche à quelle immigration se rattachent les savants genevois d'origine française qui se distinguèrent, l'on constate, avec Adolphe de Candolle, que, si de Saussure,

de Candolle, Trembley, Tronchin, Charles Bonnet, Simon Lhuillier, Pierre Prevost sont de la première, la seconde a donné les familles des Jalabert — dont le nom n'est même pas mentionné dans le livre de M. Bertrand! —, de Le Sage, d'Emile Plantamour, de Galissard de Marignac, de J. P. Mau noir, de Louis Bertrand et de maints autres. Et, passant à la Banque, nous remarquerons que Jean-Henry Huguetan, émigré et fort enrichi en Hollande, puis venu à Genève en 1702, eut mérité un mot ou plus à cause de sa vive lutte avec les banquiers genevois d'alors, ainsi que nous le mon trerons, un jour, en détail.

M. Bertrand a puisé une certaine partie de sa documentation à la meil leure source, dans les protocolès des notaires conservés aux Archives de l'Etat de Genève. Ses grandes et légitimes préoccupations ont été de montrer quelles industries existaient auparavant et quelles transformations se seraient pro duites même sans la Révocation. Et réalité, pour des causes d'ordres divers, peu de branches d'industries prospérèrent, excepté l'horlogerie, l'orfèvrerie, et la fabrication des indiennes parmi les branches travaillant pour l'exporta tion. Ceux qui vinrent alors de France étaient, en général, dénués de moyens; bien peu ont pu suivre l'exemple des Claparède qui avaient su pré parer de longue main leur départ. Et comme il fallait vivre, beaucoup durent choisir un métier pour lequel ils n'étaient guère ou peu préparés; aussi, à côté de vrais patrons et de bons contremaîtres, ainsi que d'une main d'oeuvre qualifiée, y eut-il de la main d'oeuvre tout court. Une telle situa tion, et aussi un accueil plus chaleureux dans d'autres Etats, a empêché Genève, peu industrielle par elle-même, de tirer de la Révocation de l'Edit de Nantes des avantages aussi grands et prolongés que les pays septen trionaux.

Paris.

André-E. Sayous.

HENRY MERCIER: *Un secret d'Etat sous Louis XIV et Louis XV; une révé lation historique et militaire; la double vie de Jérôme d'Erlach* Paris, Editions La Bourdonnais, 1934, 1 vol in 8°, 243 pages avec 7 planches hors-texte.

M. Henry Mercier n'est pas un inconnu pour les lecteurs de la *Revue d'histoire suisse*, qui se souviennent d'avoir lu avec intérêt plusieurs articles émanés de sa plume et consacrés aux relations diplomatiques des rois Très Chrétiens et du Louable Corps helvétique. On se rappelle égale ment avec faveur le volume dans lequel le même auteur retraça la vie agitée de Dom Juan de Watteville, abbé de Baume et envoyé extraor dinaire d'Espagne et de Bourgogne auprès des Ligues suisses. Comme on voit, M. Henry Mercier est certainement l'un des hommes qui a le plus approfondi les intrigues compliquées dont notre pays fut le théâtre sous le règne de Louis XIV, aussi bien ne s'étonnera-t-on pas si sa familiarité avec l'époque et le milieu, de même que ses dépouillements minutieux des Archives du Quai d'Orsay et du ministère de la Guerre de Paris, des Ar

chives d'Etat de Bâle et de Berne, de la Bibliothèque nationale de Paris et de la Bibliothèque municipale de Berne, lui ont permis de nous donner un nouveau volume véritablement original, tout rempli de révélations curieuses, les unes ressortissant à l'histoire générale de l'Europe, les autres à l'histoire anecdotique et à l'histoire des moeurs.

En effet ses recherches diligentes lui ont fourni les moyens de peindre en pied, dans sa réalité infiniment originale, encore que peu édifiante, le général Jérôme d'Erlach qui, au service de l'Autriche, accéda aux plus hautes dignités militaires, et qui, durant des années, fut le chef ignoré du Service de renseignements, si l'on nous passe ce néologisme, que Sa Majesté Très Chrétienne entretenait sur notre sol, à l'époque, si critique pour ses armes, de la guerre de Succession d'Espagne. Comment un homme aussi considérable que ce fils d'une des plus illustres dynasties bernoises, aussi fortuné que le gendre du richissime banneret Villading, en vint à jouer le rôle, méprisable d'un traître et d'un espion? M. Henry Mercier explique ce fait par l'irrésistible pression de l'ambassadeur français Puysieux qui sut mettre à profit auprès de l'intéressé, certain dossier d'où fussent résultés pour lui la ruine et le déshonneur. En effet, le peu scrupuleux d'Erlach, alors qu'il servait la France en Roussillon, avait épousé à la face de l'Eglise, après avoir abjuré « l'hérésie de Calvin » entre les mains de l'évêque de Carcassonne, une pauvre demoiselle noble, nommée Françoise de Montrassier. Puis il l'avait plantée là avec un enfant et, sans redouter le cas pendable de bigamie, il était devenu le gendre du tout puissant Villading. Ce fait étant venu aux oreilles des autorités françaises par la plainte de l'épouse délaissée, la première pensée de Versailles fut de provoquer un scandale afin d'atteindre, à travers Jérôme d'Erlach, son beau-père que l'on réputait à bon droit pour le plus déterminé des ennemis de la France dans les conseils de Berne. Mais Puysieux, plus avisé, pensa au profit qu'il y aurait à employer le chantage pour contraindre le coupable à entrer secrètement au service de Louis XIV.

Ainsi à côté du colonel puis du général Jérôme d'Erlach, commandant les troupes capitulées de l'Empire qui cantonnaient, selon d'anciennes conventions, dans les villes forestières du Rhin, sujettes de l'Autriche, intervint désormais un mystérieux « baron d'Elcin » qui faisait passer aux agents français de Soleure et de Genève des renseignements réguliers et circonstanciés tant sur l'ordre de bataille que sur les intentions des armées impériales qui faisaient campagne dans le Grand-Duché de Bade et sur les confins de l'Alsace et du Palatinat. Année après année, M. Henry Mercier a analysé les bulletins passés aux Français par Elcin-d'Erlach et, en les comparant avec les faits de guerre contemporains, il n'a pas eu beaucoup de peine à démontrer que cette précieuse source de renseignements fut la clef des victoires de Villars, à Friedlingen et à Stollhofen, et que ce sont les mêmes avis qui permirent au général du Bourg d'écraser le comte de Mercy à Rümersheim, le 26 août 1709, et d'anéantir en une seule

journée les plans ambitieux de la Coalition sur la Franche-Comté. Cependant, il ne nous semble pas qu'il y ait lieu d'amoindrir autant que le fait l'auteur, la gloire du très habile et très heureux Maréchal de Villars; sans doute celui-ci lisait-il, grâce à d'Erlach, dans le jeu de ses adversaires, mais eux-mêmes ne devaient pas être dépourvus de tous moyens d'information, et d'autres succès, auxquels les renseignements du « baron d'Elcin » n'eurent aucune part, témoignent des très grands talents militaires du vainqueur de Denain. Pareillement nous trouvons un peu sommaires les jugements portés sur Louis XIV; en vérité, la question de l'acceptation ou de la répudiation du testament du roi d'Espagne, n'a pas été tranchée par le Grand Roi pour d'uniques, de personnelles et de futiles questions dynastiques; de même il n'est pas très équitable d'appeler en témoignage contre lui le venimeux et furieux duc de Saint-Simon dont l'admirable génie littéraire ne doit pas nous en faire accroire.

A côté de ces réserves touchant le fond sur des questions épisodiques, nous en aurions de plus graves à faire touchant la forme. Evidemment nous ne voudrions reprocher à personne un *lapsus calami*, comme celui qui fixe à l'année 1293 l'entrée de Berne dans la Confédération, mais ce sont là de petits détails choquants qui devraient disparaître avant le bon à tirer, avec de très nombreuses fautes d'orthographe. De même pour la clarté des références, je crois que M. Henry Mercier aurait mieux fait d'unifier ses appels de notes, dont les unes sont indiquées dans le texte par des lettres, et les autres par des chiffres, sans que l'on comprenne toujours la raison de cette distinction. Espérons que dans un prochain tirage, que fait présager la juste faveur de la presse et du public, l'auteur saura faire disparaître de son oeuvre toutes ces petites taches agaçantes.

C o l o m b i e r.

E d. B a u e r.

FLORIAN IMER. *La colonie française, ancienne commune huguenote de Berne*. Préface de H. RENNEFAHRT, professeur à l'Université de Berne-Neuchâtel-Paris, Attinger, 1933. in 8°.

L'établissement des Réfugiés de l'Edit de Nantes, dans divers cités, bourgades et villages du Plateau suisse a fait déjà l'objet de nombreuses études historiques. Malgré cela toutes les possibilités de travail qu'offre ce sujet n'ont pas été encore entièrement exploitées, elles laissent par exemple imprécise, la contribution qu'apportèrent au développement économique de Genève la masse des protestants français qui s'y établit.

L'histoire de la colonie française de Berne, ancienne commune huguenote, vient d'être traitée par M. Florian Imer. Cet ouvrage, préfacé par M. le Professeur Rennefahrt, contient deux parties bien distinctes. Dans la première, après avoir rappelé le travail de M. le Professeur Wildbolz, publié en 1925 qui contient l'histoire détaillée et anecdotique de la colonie, l'auteur fait l'examen de l'évolution historique et politique de cette « commune » huguenote. « Commune » parce que la colonie s'étant stabilisée sans que le gouvernement ait jugé opportun de donner à ses membres

un droit de bourgeoisie ou de cité, une direction religieuse, puis administrative lui fut instituée sous la surveillance de la Chambre des Réfugiés. Ainsi fut créée une nouvelle corporation, distincte des nombreuses « Zünfte » qui peut à peu se vit attribuer les mêmes compétences qu'une commune bourgeoise. Cette institution subsista sous l'Ancien Régime, puis pendant une période transitoire des années 1798 à 1836, la colonie subit les variations constantes des régimes politiques; tantôt indépendante, tantôt sous la tutelle du gouvernement. Ses ressortissants purent exercer les droits politiques et civiques dans la commune municipale de leur domicile. En 1839, enfin, la colonie qui ne comptait plus qu'une vingtaine de familles, fut reconnue par le gouvernement comme commune bourgeoise, mais cet acte de reconnaissance prévoyait la réunion de la colonie à une autre commune du Canton, une commune « géographique ». Ce fut chose faite en 1850, lorsque après de longs pourparlers les 89 ressortissants de la Colonie furent agrégés ensemble à la bourgeoisie de la Neuveville, petite cité bernoise au bord du lac de Biene.

La seconde partie de l'ouvrage, intitulée « partie synthétique » est une étude de droit, dans laquelle l'auteur étudie la situation juridique de la colonie et des colons à travers les diverses périodes de leur histoire. Il envisage successivement le droit constitutionnel: autorités supérieures et fonctionnaires de la colonie, indigénat et droits politiques des ressortissants. Il range sous le droit administratif: l'assistance, les affaires sanitaires, justice et police, instruction publique, culte, finances. L'auteur examine ensuite les relations extérieures de la colonie, ses rapports notamment avec les Bourses Françaises du Pays de Vaud. Quant au droit public, la situation des colons présente fort peu de particularités, les lois civiles et pénales bernoises leur ayant été appliquées.

Cet ouvrage, riche par sa documentation historique et juridique, précise d'une façon définitive quelques unes des conséquences multiples qu'entraîna pour la Suisse, la Révocation de l'Edit de Nantes.

Lancy.

Pierre Bertrand.

TOBIE DE RAEMY, *L'émigration française dans le canton de Fribourg, 1789—1798*. Fribourg, Fragnières frères, 1935. 526 p. in 8° (Archives de la Société d'histoire du canton de Fribourg, t. XIV).

M. de Raemy, archiviste honoraire de l'Etat de Fribourg, a consacré une partie de sa vie à étudier l'émigration dans son canton d'origine. Sur ce sujet, il a rassemblé la documentation la plus abondante: archives de l'Etat et celles de l'évêché, archives communales, registres de notaires, publications étrangères, rien n'a échappé à ses recherches qu'une correspondance étendue est venue compléter encore.

Il nous donne aujourd'hui le résultat de son patient labeur. Il nous montre les émigrés arrivant, peu nombreux d'abord, dès la seconde moitié de 1789; puis, leur nombre s'accroît avec les événements et, en 1792, c'est un flot, de prêtres surtout, condamnés à la déportation par le décret de

la Législative du 26 mai. Fribourg, état catholique, fut le refuge d'un nombre considérable d'ecclésiastiques, originaires pour la plupart des départements de l'Est de la France. En 1792, il y avait plus de 1500 réfugiés dans le canton, en 1794, plus de 2200; parmi eux, près de 1500 prêtres.

M. de Raemy expose successivement la vie religieuse et la vie de société de ces émigrés, leurs privations et leurs souffrances, leurs efforts pour se procurer du travail et des ressources, l'inépuisable charité des Fribourgeois et les mesures que l'on prit pour subvenir à tant de misères.

Les émigrés étaient nombreux; ils étaient une charge pour un aussi petit pays; leur présence soulevait des difficultés diplomatiques; le gouvernement révolutionnaire se plaignait de leur présence si près de la frontière; sur ses réclamations, les autorités fribourgeoises ordonnèrent, à plus d'une reprise, le départ des émigrés. Mais ce n'était qu'un geste; la sympathie et la commisération des magistrats tempéraient la sévérité des décrets les plus rigoureux. Les émigrés purent jouir d'un sûr asile jusqu'au jour où l'invasion française menaça. Alors ils durent fuir; il n'y en avait plus à Fribourg lorsque la ville fut conquise par les Français, le 2 mars 1798.

M. de Raemy a relevé les noms de milliers de ces malheureux; il en suit beaucoup dans leurs aventures et nous conte leur histoire; on dirait presque qu'il les connaît personnellement tant il s'intéresse, et nous intéresse à eux. Sa discrétion ne jette le voile que sur les noms de ceux qui, par leur inconduite ou leur maladresse, ont démérité de l'accueil qui leur avait été fait. L'exactitude minutieuse de l'historien s'accompagne d'une ardente sympathie pour tous ceux qui étaient les martyrs de leur foi.

Des pièces justificatives, suppliques, inventaires après décès, un index très complet terminent le volume qu'ornent des planches très bien venues: portraits, reproduction de pièces officielles, dessins de l'époque.

C'est une oeuvre solide et définitive. L'auteur nous permettra bien de poser deux points d'interrogations, sur des questions de détail, il est vrai: Faisait-il vraiment 20° de froid *Réaumur*, ce jour de décembre 1792 où le duc d'Ayen allait à pied sur la route de Morat? (p. 152). — En octobre de la même année, l'abbé Lombard, qui se rendait de St-Maurice à Semsales, fut menacé par des paysans près des *Charmettes* (p. 180). M. de Raemy y voit la demeure célèbre de Mme de Warens, près de Chambéry. Est-il bien sûr de cette identification? Tout le contexte paraît indiquer que l'incident a eu lieu en Suisse, où les lieux-dits de cette forme se retrouvent. Mais ce sont là des vétilles.

L a u s a n n e.

C h a r l e s G i l l i a r d.

PIERRE BOVET: *Les examens de recrues dans l'armée suisse, 1854—1913.*

Collection d'actualités pédagogiques, Delachaux & Niestlé, Neuchâtel et Paris, 1935, XVI—208 p. in-8.

Cette institution, qui a fonctionné plus d'un demi-siècle, a tenu une place suffisamment importante dans notre vie politique et civile pour

qu'on lui consacra un ouvrage. En poursuivant des études sur le rôle des examens dans la vie sociale, M. Pierre Bovet, directeur de l'Institut des sciences de l'éducation à Genève, a entrepris, avec le soin minutieux qu'il apporte à toute chose, la monographie de nos anciens examens de recrues.

Les premiers sont organisés à Soleure, en 1854, par le colonel A. Wyser, qui veut contrôler « les effets durables de l'école »; bientôt, ils intéressent l'opinion publique, et dans les vingt années qui suivent, la plupart des autres cantons suivent l'exemple de Soleure. Aussi, lorsqu'en 1875, Welti eut l'idée d'instituer l'examen fédéral, le terrain était tout préparé, et l'institution prit aussitôt racine.

Chose curieuse: cet examen de recrues, organisé par le Département militaire, n'a jamais eu aucune importance pour l'organisation de l'armée. Le vrai but était de « se rendre compte de la valeur des écoles de tel ou tel canton », comme le notait le premier rapport du Bureau fédéral de statistique; autrement dit, c'était, pour les autorités fédérales, un moyen de contrôler l'étendue, sinon la valeur, de l'instruction obligatoire fournie par les cantons.

Sous l'impulsion d'un état-major d'experts — les plus connus furent Henri Näf et François Scherf — la technique se précisa et se perfectionna d'année en année. Le Bureau de statistique, à qui était confiée l'interprétation des résultats, établissait la moyenne par canton et par district, calculait la proportion des bons et des mauvais résultats, dressait des cartes avec teintes graduées. Ses rapports annuels sont discutés dans les Conseils de la nation et dans les associations d'utilité publique. Dès 1895, le Bureau est en mesure de constater une « élévation graduelle et générale » du niveau des connaissances, et en attribue une partie du mérite aux examens eux-mêmes: l'institution n'a-t-elle pas poussé les autorités scolaires locales à créer des écoles complémentaires et à développer l'enseignement civique à l'école primaire?

En août 1914, les examens de recrues sont provisoirement supprimés; ils ne devaient pas revoir le jour. Entre 1920 et 1929, la question de leur rétablissement fut ardemment discutée, tant dans les Conseils que dans les cercles pédagogiques: le Conseil National trancha par la négative, le 12 mars 1929.

Comment l'institution a-t-elle agi sur le développement scolaire de la Suisse? A défaut d'une réponse scientifique, impossible à donner, on a des jugements d'hommes compétents, mais qui divergent. L'opinion moyenne est que ces examens ont d'abord été utiles, en obligeant les autorités scolaires à mieux prendre conscience de l'étendue de leur tâche; mais, à la longue, ils ont parfois faussé l'esprit de l'enseignement public, en encourageant la simple acquisition de connaissances par la mémoire, au détriment de la culture des facultés intellectuelles; de là, contre le système, des oppositions qui allèrent s'intensifiant.

Une question resterait à éclaircir: en quelle mesure ces résultats d'exams, ces moyennes, ces graphiques, indiquent-ils réellement le niveau des connaissances chez les générations successives appelées à la conscription?

Genève.

Emile Candaux.

ROBERT GUBLER: *Die Sekundarschule Turbenthal 1834—1934 im Rahmen der Geschichte der Volksschule und der allgemeinen Zeitgeschichte des Kantons Zürich*. 135 Seiten, mit Anhang und 10 Bildern. Turbenthal 1935.

Es ist eine zweifellos gut gelungene, populäre Jahrhundertfestschrift, die uns der Verfasser vorlegt, da sie die Klippen, die solchen Festschriften drohen, gemieden hat. Ohne die allgemeine zürcherische Schulgeschichte weitläufig zu wiederholen, gibt Gubler einen guten Überblick über die Entwicklung des Zürcher Schulwesens, auf dessen Hintergrund sich die Sekundarschule Turbenthal abhebt. Allerdings ist Regeneration und Reaktion etwas zu sehr weiß-schwarz gezeichnet. Die Schule hatte anfangs mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Erst als 1837 Georg Geilfuß, der spätere Rektor der höhern Stadtschulen in Winterthur, als Lehrer gewählt wurde, nahm die Schule einen Aufschwung und durfte ihre Existenz als gesichert gelten. Fortan hatte sie eine ruhige Entwicklung, wenn auch Kämpfe um den Schulhausplatz und Abtrennung einzelner Gemeinden vom Kreis nicht fehlten.

Knappe Darstellung unter Weglassung von Einzelheiten machen die Schrift auch für den nicht näher Interessierten lesenswert. Daß der Verfasser mehr als ein halbes Jahrhundert eng mit der Schule verbunden war, kommt der klaren und offenen Darstellungsweise sehr zu gut.

Der Schrift ist ein Verzeichnis der Schulbehörden und der Schüler beigegeben.

Flaach.

Paul Kläui.

[DIETHELM FRETZ]: *Gestalten vom See*. Heft I. Caspar Lämmli & Co. Unternehmer der Dampfschiffahrt auf dem Zürich- und Walensee. 144 S. Seeverlag Zollikon.

Diethelm Fretz in Zollikon, der in der vorliegenden, auf das im vergangenen Sommer begangene hundertjährige Jubiläum der Dampfschiffahrt auf dem Zürichsee erschienenen Arbeit als «ehemaliger Anbinde» zeichnet, weist einleitend auf die bis ins Jahr 1824 zurückreichenden wiederholten Versuche hin, das neue Transportmittel auf dem Zürichsee einzuführen. Dabei war von den ersten Initianten bereits ein ganzes schweizerisches Binnendampfschiffahrtsnetz in Aussicht genommen. Der eigentliche Anstoß zur Gründung einer «Aktiengesellschaft für das Dampfschiff» erfolgte, nachdem frühere Pläne vorab an der Finanzierungsfrage gescheitert waren, 1832 von Rapperswil aus. Die ursprüngliche Absicht

auf Schaffung einer Schiffsverbindung Zürich-Wallenstadt mußte bald fallen gelassen werden, namentlich wegen der befürchteten Kollisionen mit Schifffahrtsrechten der Linth-Schiffleute. Nach anfänglichem Zögern seitens der Zürcher Regierung und Handelskreise konnte die Gesellschaft gegründet werden, dank der Initiative des aus Rorschach gebürtigen Franz Carl Caspar, der als Verwalter der Dampfschiffahrtsgesellschaft auf dem Untersee und Rhein sich praktische Kenntnisse auf diesem Gebiete angeeignet hatte. Caspar schwebte vor allem eine Verbesserung des Transitverkehrs Deutschland-Italien auf der Bündner Route vor, während andernorts dem Gotthard-Transit (Basel-Vierwaldstättersee) das Wort geredet wurde. Trotz des hartnäckigen Widerstandes der Seebevölkerung konnte das für den Ankauf eines Schiffes erforderliche Geld beschafft werden. Eingehend schildert der Verfasser die mannigfachen Schwierigkeiten, die sich beim Bau des Schiffes in England und bei der Überführung an seinen Bestimmungsort einstellten. Am Sonntag, 19. Juli 1835, konnte das auf den Namen «Minerva» getaufte Schiff mit ca. 200 Personen an Bord seine erste Fahrt von Zürich nach Rapperswil antreten. Die Arbeit macht im weitern den Leser mit allen Einzelheiten des Betriebes, des Fahrplans, der Stationsbedienung, der Tarife etc. vertraut und schildert die lange Jahre gespannten Beziehungen der neuen Unternehmung zu den in ihrer Existenz sich bedroht fühlenden Zürichsee-Schiffleuten. Die letzten Kapitel des Heftes sind der Entwicklung der Dampfschiffahrt in den ersten Betriebsjahren und der Schilderung der Personalverhältnisse gewidmet.

Die Arbeit von Diethelm Fretz fußt auf gründlichem Quellenstudium und genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse. Zweifellos darf der Verfasser für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, einen wertvollen Beitrag zur Schweizerischen Verkehrsgeschichte beigesteuert zu haben, auch wenn man der Darstellung gelegentlich eine etwas knappere Form wünschen möchte.

Stäfa.

Otto Hess.

ALFRED OTTO STOLZE, «*Der vierte Stand und die Monarchie*». *Die Politik des Rohmer-Bluntschlikreises während der Frühjahrsrevolution in Bayern 1848*. Sonderdruck (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte. 8) München 1935.

Der vorliegende Aufsatz schildert eine Episode der bayerischen Revolutionsgeschichte des Jahres 1848. Im Mittelpunkt stehen der genialische Friedrich Rohmer (1814—1856) mit seinen Brüdern Theodor und Ernst, und Joh. Caspar Bluntschli, der bekannte Zürcher Staatsmann, und ihr Wirken in München. Die Kenntnis ihrer früheren Beziehungen, wie Bluntschlis Stellung als Haupt der konservativen Zürcher Regierung 1839—1844 gerade durch Rohmers mystisch-pantheistische Wirksamkeit in Zürich untergraben wird, ebenso die Stellung des Königs Ludwig I. und des liberalen Ministeriums Wallerstein wird in weitgehendem Maße vorausgesetzt.

Die beiden Politiker, die schon in der Schweiz das Ideal einer liberal-konservativen Partei verfochten, richteten Ende 1847 nach dem Sieg des Freisinns im Sonderbundskrieg ihre Blicke nach München. Sie suchten den König in persönlichen Besprechungen dahin zu bringen, durch eine große Tat der auch hier drohenden Revolution zuvorzukommen. Ihr Gedanke ging dahin, es sei dem Volke eine große Summe (3 Mill.) zu vermachen und sodann durch eine wirksame Sozialpolitik das Proletariat mit dem Schicksal der Monarchie zu vereinen. Durch Rohmers Ungeschick gelangten sie mit ihrem Proklamationsentwurf zu spät an den König, sodaß dessen Proklamation am 6. März ohne ihre Mithilfe zustandekam. Während der überstürzenden Ereignisse, die am 20. März die Abdankung Ludwigs I. herbeiführten, suchte vornehmlich Rohmer weiter zu wirken, insbesondere in der von seinem Bruder Theodor verfaßten Broschüre «Der vierte Stand und die Monarchie». Allein der neue König Maximilian, von ängstlichem und mißtrauischem Charakter, wurde wohl durch den Rohmer-Bluntschlikreis zu sozialen Erhebungen veranlaßt, unterließ aber diesbezügliche Taten. Bluntschli fand statt der erhofften politischen Rolle im November 1848 ein neues Tätigkeitsfeld in München als Professor für deutsches Staatsrecht.

Das episodische Wirken von Rohmer und Bluntschli verdient, seines originellen und fruchtbaren Gehaltes wegen dargestellt zu werden. Es stellt gewissermaßen eine ephemere Fortsetzung zürcherischen politischen Bestrebens dar, das durch die Zeitumstände zum Scheitern verurteilt worden war und allerdings in starkem Gegensatz zu dem alltäglichen Liberalismus stand. Der Gedanke vom sozialen Königtum, schon früher durch das Bürgerkönigtum Louis Philipps diskreditiert, kam zwar während der allgemeinen Reaktion nach 1848 lange nicht mehr zur Geltung; erst durch Lassalle, dann durch die Sozialpolitik der Anfangszeit Wilhelms II. und später durch Friedrich Naumann läßt sich ein Wiederauftauchen bemerken. Wirkte in den 40er Jahren die Schweiz als Ganzes und die politische Presse insbesondere auf Deutschland ein im Sinne der Demokratie, so ist auch der Versuch zweier Politiker beachtenswert, als Außenseiter neue Gesichtspunkte in den Revolutionsstrudel zu werfen.

Winterthur.

Emanuel Dejung.